

**A-1-045: Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!**

Antragsteller\*innen      Valentin Bruch, Sophie Scheller, Dominik  
Hüsener und Michael Dappen

**Antragstext**

**Von Zeile 44 bis 48:**

Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen von Profit- und Wachstumszwängen lösen.[Zeilenumbruch]

[Leerzeichen]Was wir dafür brauchen, ist ~~ein radikaler Wandel~~eine radikale Rückbesinnung auf die Ausrichtung der Art und Weise, Wirtschaft an den Interessen der Gesellschaft.

Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit wie ~~unsere Gesellschaft~~soziale und ~~unsere Wirtschaft organisiert sind~~wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen.[Leerzeichen]Wir müssen Bereiche der demokratischen Kontrolle zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie

**Von Zeile 50 bis 58:**

in denen wir uns nicht länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen über den Bedürfnissen von vielen stehen.~~Nicht Konzerne, sondern wir als Gesellschaft, müssen darüber entscheiden, was und zu welchen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit wie soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen.~~ Unsere Vision ist eine Welt, in der niemand in Armut leben muss, in der niemand ausgebeutet wird und in der der Wert eines Menschen nicht an ~~seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit~~dessen Arbeitskraft festgemacht wird. Ein System, in der durch radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch eingehalten werden kann und in der

**Von Zeile 61 bis 62 einfügen:**

die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht und eine radikale Umverteilung des

gesellschaftlichen Reichtums.

**Begründung**

Der Text wurde leicht umstrukturiert. Die Behauptung, dass Konzerne bestimmten, was produziert wird, wurde gestrichen, da diese nur in einer sehr kurzfristigen Betrachtung richtig ist.

Dieser Änderungsantrag ist Teil einer Reihe von Änderungsanträgen, die insgesamt den Ton des Textes versachlichen und zu plakative Vereinfachungen der Wirtschaftsordnung vermeiden sollen.